

Substanzielles Protokoll 22. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Mittwoch, 12. November 2014, 17.00 Uhr bis 19.00 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsidentin Dorothea Frei (SP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Christina Hug (Grüne)

Substanzielles Protokoll: Iris Kupecky

Anwesend: 123 Mitglieder

Abwesend: Joe A. Manser (SP), Heinz F. Steger (FDP)

Der Rat behandelt aus der von der Präsidentin erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|----|----------------------------|---|-----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 2. | 2014/337 * | Weisung vom 29.10.2014:
ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Verbindungsleitung zwischen den Fernwärmegebieten Zürich-Nord und Zürich-West, Projektierungskredit | VTE |
| 4. | 2014/282 | Weisung vom 10.09.2014:
Finanzverwaltung, Zusatzkredite II. Serie 2014 | STR |

* Keine materielle Behandlung

Mitteilungen

498. 2014/351

Postulat von Heinz F. Steger (FDP), Ruth Ackermann (CVP) und 26 Mitunterzeichnenden vom 05.11.2014:

Ausrückkonzept der Feuerwehr von Schutz & Rettung in den Stadtkreisen 11 und 12, Weiterführung des bestehenden Konzepts bis zur Inbetriebnahme der Berufsfeuerwehr-Wache an der Binzmühlestrasse

***Roger Tognella (FDP)** beantragt Dringlicherklärung und begründet diese: Allenfalls soll das Konzept geändert werden. Es ist wichtig, dieses Geschäft im Gemeinderat möglichst rasch zu behandeln.*

Der Rat wird über den Antrag am 19. November 2014 Beschluss fassen.

Mitteilung an den Stadtrat

Karin Rykart Sutter (Grüne) beantragt namens der Grüne-Fraktion die Absetzung von TOP 5, GR Nr. 2013/368, «Bericht der Geschäftsprüfungskommission (GPK) vom 03.11.2014: Missstände in der Führung des ewz im Zusammenhang mit den sexuellen Belästigungen, Untersuchung und Bericht durch die Geschäftsprüfungskommission (GPK)» von der heutigen Tagliste.

Der Rat stimmt dem Antrag von Karin Rykart Sutter (Grüne) mit 62 gegen 60 Stimmen zu.

Das Geschäft wird in einer nächsten Sitzung neu traktandiert.

Albert Leiser (FDP) beantragt namens der FDP-Fraktion die Absetzung von TOP 3, GR Nr. 2014/319, «Motion der SP-, Grüne- und GLP-Fraktion vom 22.10.2014: Bau- und Zonenordnung (BZO), Realisierung eines Mindestanteils an preisgünstigem Wohnraum bei Zonenänderungen, Sonderbauvorschriften und Gestaltungsplänen mit erhöhten Ausnutzungsmöglichkeiten» von der heutigen Tagliste.

Weitere Wortmeldungen:

***Niklaus Scherr (AL):** Ich erkenne den Zweck der Absetzung nicht. Das Geschäft wurde ordentlich traktandiert.*

***Albert Leiser (FDP):** Theoretisch könnten wir uns eine Diskussion dieses Geschäfts vorstellen. Diese bedarf jedoch einer Vorbereitung. Ich möchte zunächst Detailfragen abklären. Dafür brauchen wir eine Woche Zeit.*

***Dr. Davy Graf (SP):** Über das Geschäft wird diesem Antrag zufolge nächste Woche ohne Diskussion abgestimmt. Die Diskussion wird erst übernächste Woche stattfinden. Dieses Manöver ist befremdlich.*

***Severin Pflüger (FDP):** Die Abstimmung, wie sie von Dr. Davy Graf (SP) vorgeschlagen wird, ist in der Geschäftsordnung nicht vorgesehen.*

Der Rat stimmt dem Antrag von Albert Leiser (FDP) mit 83 gegen 37 Stimmen zu.

Das Geschäft wird in einer nächsten Sitzung neu traktandiert.

Geschäfte

499. 2014/337

Weisung vom 29.10.2014:

ERZ Entsorgung + Recycling Zürich, Verbindungsleitung zwischen den Fernwärmegebieten Zürich-Nord und Zürich-West, Projektierungskredit

Zuweisung an die SK TED/DIB gemäss Beschluss des Büros vom 10. November 2014

500. 2014/282

Weisung vom 10.09.2014

Finanzverwaltung, Zusatzkredite II. Serie 2014

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

A. Für das Jahr 2014 werden gemäss der vorstehenden detaillierten Zusammenstellung zusammenfassend folgende Zusatzkredite II. Serie bewilligt:

Art	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.
1. Zusatzkredite	31 550 900	7 599 000
2. Kreditübertragungen	+16 116 200 -16 116 200	+800 000 -800 000
Zusatzkredite brutto	31 550 900	7 599 000

B. Es wird davon Kenntnis genommen, dass

	Laufende Rechnung Fr.	Investitions- rechnung Fr.
– den Zusatzkrediten von	31 550 900	7 599 000
– den Kreditübertragungen von	+16 116 200	+800 000
auf anderen Konten gegenüberstehen:		
– verursachte Minderaufwendungen bzw. Minder- ausgaben aus den Kreditübertragungen von	-16 116 200	-800 000

– Minderaufwendungen / Mehrerträge bzw. Minderausgaben / Mehreinnahmen aus den Zusatzkrediten von	–11 710 200	–
sodass sich Netto-Mehrausgaben ergeben von	19 840 700	7 599 000

Eintretensdebatte:

Namens der Rechnungsprüfungskommission (RPK) stellt die Präsidentin Rebekka Wyler (SP) die Weisung zu den Zusatzkrediten II. Serie 2014 vor und vertritt die Kommissionsmehrheit.

Rebekka Wyler (SP): Der Stadtrat beantragt die Genehmigung folgender Zusatzkredite und Zusatzkreditübertragungen in der laufenden Rechnung: 5,3 Millionen Franken dringliche Kreditübertragungen, 31,6 Millionen Franken ordentliche Zusatzkredite und 10,8 Millionen Franken ordentliche Kreditübertragungen. Brutto geht es um Zusatzkredite in der Höhe von 31,6 Millionen Franken. Diesen stehen Minderaufwendungen und Mehrerträge in der Höhe von 11,7 Millionen Franken gegenüber. Die Nettobelastung der Stadtkasse beträgt somit 19,8 Millionen Franken. In der Investitionsrechnung beantragt der Stadtrat 7,6 Millionen Franken ordentliche Zusatzkredite und Fr. 800 000.– ordentliche Kreditübertragungen. Brutto und Netto beläuft sich die Belastung somit auf 7,6 Millionen Franken. Der Stadtrat weist insbesondere auf die Kraftwerke des ewz in Graubünden, höhere Schülerinnen- und Schülerzahlen am Untergymnasium, auf den Anstieg der Fallzahlen bei den anerkannten Flüchtlingen, den Anstieg von Arbeitslosen- und Sozialhilfezahlen sowie auf Mehrausgaben für die Betreuung von Kleinkindern hin. Im Nachhinein hat der Stadtrat den Zusatzkredit für Personalkosten in der IMMO für dringlich erklärt. Die RPK möchte darauf hinweisen, dass ordentliche Zusatzkredite mitunter tatsächlich dringliche Zusatzkredite darstellen, da die Ausgaben bereits getätigt wurden. Die RPK stellte zahlreiche Fragen zu diesen Zusatzkrediten, die fristgerecht beantwortet wurden. Insgesamt wurden in der RPK neunzehn Anträge eingereicht, die im Folgenden diskutiert werden. Umstrittene Bereiche sind unter Anderem Abfindungen für unverschuldete Entlassungen, Personalkosten sowie die AOZ und die KESB. Der Stadtrat beantragt die Bewilligung der Zusatzkredite und Kreditübertragungen sowie die Kenntnisnahme der Mehr- und Mindererträge.

Kommissionsminderheit:

Roger Liebi (SVP): Die SVP ist gegen diese Zusatzkredite. Bei Zusatzkrediten handelt es sich um Kredite, die zum bereits verabschiedeten Budget hinzukommen. Das Budget 2014 wurde mit einem Defizit von 172 Millionen Franken verabschiedet. Die Schulden beliefen sich damals auf ungefähr 8,4 Milliarden Franken. Jetzt sollen weitere 20 Millionen Franken hinzukommen. Das Defizit für 2014 beläuft sich somit auf 192 Millionen Franken. Die Rechnung 2013 wurde mit einem Überschuss von 14 Millionen Franken abgeschlossen. Es handelt sich somit um eine Verschlechterung von über 200 Millionen Franken. Wir diskutieren heute unter Anderem über Abfindungen und vorzeitige Pensionierungen. Diese lehne ich ab. Wir müssen unsere Finanzen endlich sanieren. Der Umgang des Stadtrats mit Finanzen ist unverantwortlich.

Eintreten ist unbestritten.

Die RPK beantragt, die Zusatzkredite II. Serie 2014 des Stadtrats unter Berücksichtigung der folgenden Änderungen (Anträge der RPK zu Dispositivpunkt A) zu genehmigen:

2.1 Ordentliche Zusatzkredite

Antrag 1)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): *Es geht um Abfindungen. Wir sind der Ansicht, dass die Handhabung der Stadt angesichts der Finanzlage zu einfach ist. Wir sind der Ansicht, dass dieses System in der Stadt überdenkt werden sollte.*

Walter Angst (AL): *Es ist unbestritten, dass Handlungsbedarf besteht. Es geht hier um die Gegenwart. Die Abfindungen werden bezahlt, weshalb der Zusatzkredit gewährt werden sollte. Im Zusammenhang mit einer Motion werden Lösungsvorschläge vorgebracht.*

S. 3	10 1060 3010 0850	Behörden und Gesamtverwaltung Gesamtverwaltung Abfindungen für unverschuldete Entlassungen		
1)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	430 600	Mehrheit	Vizepräsident Walter Angst (AL), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	430 600		
	Begründung	Abfindungen sind zu vermeiden.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 41 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 2)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): *Es geht um vorzeitige Pensionierungen. Auch dort gibt es klare rechtliche Voraussetzungen. Uns stört die Budgetierungspraxis. Es gibt Verbesserungsbedarf. Ich werde darauf zurückkommen.*

Walter Angst (AL): *Man kann die Praxis diskutieren. Die Pensionierung wurde angemeldet, das Geld wird nun ausgegeben. Wir sind faktisch gezwungen den Mehrbedarf im Budget mittels Zusatzkredit einzustellen. Die Budgetierung bei etwas fernerer Abteilungen der Stadtverwaltung wird relativ früh abgeschlossen. Allenfalls könnte man – falls man dies bereits weiss - einen Hinweis machen, dass im November vermutlich einen Nachtrag beantragt wird. Aber am Ergebnis der Rechnung ändert dies nichts.*

S. 3	10 1080 3040 0000	Behörden und Gesamtverwaltung Friedensrichterämter Personalversicherungsbeiträge		
2)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	42 900	Mehrheit	Vizepräsident Walter Angst (AL), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP)
	Verbesserung	42 900		
	Begründung	Vorzeitige Pensionierungen sind budgetkonform zu planen.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 22 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 3)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Die SVP ist der Ansicht, dass die Situation im Miller's Studio absehbar war. Wir verlangen, dass solche Beträge im Sinne einer Rückstellung in das Budget kommen. Wir sind nicht damit einverstanden, dass wegen solchen Angelegenheiten ein Zusatzbudget beantragt wird.

Samuel Dubno (GLP): Die Beteiligung von Fr. 50 000.– lässt sich auf einen Beschluss des Gemeinderats zurückführen. Es war nicht mehr möglich, diesen Betrag im regulären Budget aufzuführen.

S. 4	15 1501 550013	Präsidialdepartement Kultur Beteiligung am Stiftungskapital der Stiftung Miller's Studio		
3)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	50 000	Mehrheit	Samuel Dubno (GLP), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Martin Bürlimann (SVP), Referent; Roger Liebi (SVP)
	Verbesserung	50 000		
	Begründung	Situation in Miller's Studio war absehbar.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 100 gegen 22 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 4)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Wir beantragen die Streichung von Fr. 2 975 000.– Mir ist bewusst, dass das Geld bereits ausgegeben wurde. Es geht um den Brand eines Kobra-Trams im Jahr 2013. Die Schadenersatzleistungen wurden korrekt in die Rückstellungen eingeplant. Es wurde jedoch nicht eingeplant, dass diese Leistungen auch bezahlt werden müssten. Dies war vorhersehbar und rechtfertigt keinen Zusatzkredit. Es kommt immer wieder zu Unfällen, diese müssen eingeplant werden.

Dr. Urs Egger (FDP): In manchen Jahren treten spezielle Ereignisse ein, die zu einer höheren Schadenssumme führen. Dieser Brand war nicht vorhersehbar. Spezielle Ereignisse sind nicht planbar.

Weitere Wortmeldung:

Roger Liebi (SVP): Der Brand fand im Jahr 2013 statt, er hätte somit im Budget für das Jahr 2014 aufgenommen werden können.

S. 4	20 2016	Finanzdepartement Kompetenzzentrum Risiko- und Versicherungsmanagement Schadenersatzleistungen			
4)	Anträge der RPK				
	Antrag Stadtrat	2 975 000		Mehrheit	Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
	Neu	0		Minderheit	Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP)
	Verbesserung	2 975 000			
	Begründung	Bei der Cobra-Flotte muss eingeplant werden, dass grosse Schäden auftreten können.			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 99 gegen 22 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 5)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Dr. Urs Egger (FDP): In der Begründung wird erwähnt, die Kosten seien nicht vorhersehbar. Wir haben Rückfragen gestellt und kamen zum Schluss, dass es Möglichkeiten gegeben hätte, die Fr. 11 500.– intern aufzufangen.

Florian Utz (SP): Dem Polizeidepartement ist ein Fehler unterlaufen. Dieser wurde vom Departement zugegeben. Wir wollen es nicht für dieses Vorgehen bestrafen. Es ist nicht möglich, diesen Betrag intern aufzufangen.

Weitere Wortmeldung:

Mauro Tuena (SVP): Es geht um ein Dienstabonnement für den öffentlichen Verkehr. Es ist fraglich, wofür ein Polizeirichter ein solches Abonnement braucht.

S. 5	25 2525 3170 0000	Polizeidepartement Stadtrichteramt Reise- und Spesenentschädigungen des Personals		
5)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	11 500	Mehrheit	Florian Utz (SP), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP)
	Neu	0	Minderheit	Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Martin Bürliemann (SVP), Roger Liebi (SVP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	11 500		
	Begründung	Betrag sollte intern aufgefangen werden können.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 42 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 6)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Auch hier geht es um vorzeitige Pensionierungen. Uns geht es vor allem um die Budgetierungspraxis. Gemäss Personalrecht sind Altersrücktritte unter dem Jahr möglich. Diese beiden Altersrücktritte wurden Ende August 2013 und Mitte Oktober 2013 angemeldet. Derjenige, der im August 2013 angemeldet wurde, hätte in den Novemberbrief einfließen können. Die Budgetierung muss genauer erfolgen. Es müssen Lösungen dafür gefunden werden.

Andrea Nüssli (SP): Die Ablehnung dieses Zusatzkredits ist gemäss SVP etwas problematisch, da das Personalrecht die unterjährigen Altersrücktritte zulässt. Ich bin der Meinung, dass im Budget ein Betrag für Pensionierung enthalten sein soll, wenn dieser Betrag jedoch aufgebraucht ist, muss man einen Zusatzkredit beantragen. Wir sind schliesslich dafür, dass der Stadtrat möglichst schlank budgetiert und nicht möglichst viele Reserven einplant.

Weitere Wortmeldung:

Roger Liebi (SVP): Nach meinem Verständnis sollen in einer Budgetdebatte auch administrative oder politische Vorgänge kritisiert werden. Wir sind nicht gegen diesen Betrag, sondern gegen das Vorgehen.

S. 5	30 3010 3040 0000	Gesundheits- und Umweltdepartement Städtische Gesundheitsdienste Personalversicherungsbeiträge		
6)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	109 000	Mehrheit	Andrea Nüssli (SP), Referentin; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Roger Liebi (SVP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Raphaël Tschanz (FDP)
	Verbesserung	109 000		
	Begründung	Vorzeitige Pensionierungen sind budgetkonform zu planen.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 81 gegen 40 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 7)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Andrea Nüssli (SP): Die Minderheit ist der Ansicht, dass dieser Antrag aufgrund der zusätzlichen Baugesuche erforderlich ist. Manchmal braucht es mehr Personal. Im Gegenzug werden Mehrerträge erstattet. Unter dem Strich ist es also kostenneutral.

Raphaël Tschanz (FDP): Die Anzahl Baugesuche ist lediglich um 0,3 % gestiegen. Es ist nicht nötig, hierfür einen Zusatzkredit zu bewilligen. Die Doppelbesetzung ist nicht nötig.

S. 6	40 4035 3010 0000	Hochbaudepartement Amt für Baubewilligungen Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals		
7)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	220 000	Minderheit	Andrea Nüssli (SP), Referentin; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Mehrheit	Raphaël Tschanz (FDP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Christian Traber (CVP)
			Enthaltung	Vizepräsident Walter Angst (AL)
	Verbesserung	220 000		
	Begründung	Doppelbesetzung ist nicht einsehbar.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Minderheit mit 62 gegen 52 Stimmen zu. Der Antrag des Stadtrats scheidet jedoch am Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse. Damit wird der Zusatzkredit nicht bewilligt.

Antrag 8)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Raphaël Tschanz (FDP): Bei diesem Antrag geht es ebenfalls um vorzeitige Pensionierungen. Ich gehe davon aus, dass Erfahrungswerte vorliegen und entsprechend budgetiert werden könnte.

Andrea Nüssli (SP): Das Personalrecht lässt diese frühzeitigen Pensionierungen zu. Es ist schwer, diese Pensionierungen korrekt zu budgetieren. Deshalb sind die Zusatzkredite gerechtfertigt.

S. 6	40 4035 3040 0000	Hochbaudepartement Amt für Baubewilligungen Personalversicherungsbeiträge		
8)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	220 000	Mehrheit	Andrea Nüssli (SP), Referentin; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Raphaël Tschanz (FDP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP)
	Verbesserung	220 000		
	Begründung	Vorzeitige Pensionierungen sind budgetkonform zu planen.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 80 gegen 42 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 9)

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Raphaël Tschanz (FDP): Bei diesem Antrag geht es um eine Budgeterhöhung für die Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals. Wir sind dafür, dass das Budget und der Stellenplan eingehalten werden und lehnen den Antrag ab.

Walter Angst (AL): Die IMMO hält sich nicht an die Vorgaben und beantragt Zusatzkredite. Bei der ersten Rückfrage wurde ein Antrag auf dringliche Zusatzkredite gestellt. Das ist so nicht tragbar. Auch das Hochbaudepartement und die IMMO brauchen einen Stellenplan und ein Budget.

Andrea Nüssli (SP): Ich gebe der AL teilweise Recht, dass es problematisch ist, wenn das Budget kaum eingehalten wird. Es ist aber verständlich, dass die IMMO Personen anstellt, um einen lückenlosen Stellenplan zu haben. Es ist ebenfalls nachvollziehbar, dass es Langzeitranke und Lohnfortzahlungen gibt. Dennoch möchten wir einen Teil des Zusatzkredits streichen und schliessen uns der Minderheit 2 an.

Weitere Wortmeldung:

Walter Angst (AL): Es freut mich, dass sich die Mehrheit unserem Antrag anschliesst,

jedoch sendet die RPK falsche Signale aus, wenn sie das Vorgehen der IMMO verständlich findet.

Roger Liebi (SVP): *Ich schliesse mich der Position von Walter Angst (AL) an.*

S. 6	40 4040 3010 0000 3030 0000 3040 0000 3050 0000	Hochbaudepartement Immobilien-Bewirtschaftung Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals Sozialversicherungsbeiträge Personalversicherungsbeiträge Unfall- und Krankenversicherungsbeiträge		
9)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	600 000 44 000 64 000 8 000	Mehrheit	Andrea Nüssli (SP), Referentin; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Felix Moser (Grüne), Florian Utz (SP)
	Neu 1 Verbesserung 1	0 716 000	Minderheit 1	Raphaël Tschanz (FDP), Referent; Martin Bürlimann (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP)
	Begründung 1	Das Budget muss eingehalten werden.		
	Neu 2 Verbesserung 2	358 000 358 000	Minderheit 2	Vizepräsident Walter Angst (AL), Referent; Samuel Dubno (GLP), Christian Traber (CVP)
	Begründung 2	Sowohl das Budget als auch der Stellenplan sind einzuhalten.		

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für die Anträge der Mehrheit und Minderheit 2:

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(716 000)	0 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(0)	41 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(358 000)	<u>81 Stimmen</u>
Total		122 Stimmen
= absolutes Mehr		62 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Minderheit 2 mit 81 Stimmen zugestimmt, womit das Quorum von 62 Stimmen für die gleichgeordneten Anträge und von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht ist.

Antrag 10)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): *Das Produkt ewz-ökopower wird bereits seit 2013 bezogen. Die allgemeine Finanzlage lässt diese Umstellung nicht zu. Auf die Betriebe und Dienst-abteilungen kommen hohe Folgekosten zu. Dies muss unterbunden werden.*

Christian Traber (CVP): *Es geht um die Umsetzung eines Stadtratsbeschlusses. In einigen Dienstabteilungen ist dieser bereits umgesetzt. Es gibt auch eine Gegenposition, nämlich einen Mehrertrag in gleicher Höhe.*

S. 7	45 4525 3120 0000	Departement der Industriellen Betriebe Wasserversorgung Wasser, Energie und Heizmaterialien		
10)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	390 000		Mehrheit Christian Traber (CVP), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Moser (Grüne), Andrea Nüssli (SP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
	Neu	0		Minderheit Martin Bürlimann (SVP), Referent; Roger Liebi (SVP)
	Verbesserung	390 000		
	Begründung	Umstellung auf den Bezug von Öko-Strom ist aufgrund der finanziellen Lage nicht opportun.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 96 gegen 23 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 11)

Kommissionsreferentin:

Andrea Nüssli (SP): Dieser Beschluss ist einstimmig. Wir beantragen eine Verbesserung um Fr. 300 000.–

S. 8	50 5010 3610 0000	Schul- und Sportdepartement Schulamt Beiträge an Kanton		
11)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	2 200 000		
	Neu	1 900 000		Zustimmung Andrea Nüssli (SP), Referentin; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Martin Bürlimann (SVP), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Roger Liebi (SVP), Felix Moser (Grüne), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
	Verbesserung	300 000		
	Begründung	ZK-Korrektur aufgrund der neuesten Berechnungen des SSD.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der RPK mit 120 gegen 0 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 12)

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Die Minderheit 1 beantragt die Streichung des gesamten Betrags. Diese Asylpolitik verursacht hohe Folgekosten, wir müssen gegensteuern.

Dr. Urs Egger (FDP): Teilweise handelt es sich teilweise um Pflichtmassnahmen, teilweise aber auch nicht. Deshalb beantragen wir eine Reduktion des Betrags.

Felix Moser (Grüne): Die Asylverfahren wurden kürzer, die Anerkennungsquote ist gestiegen. Es gibt weniger Fälle, die Asylfürsorge benötigen, jedoch mehr Fälle, die wirtschaftliche Hilfe beanspruchen. Es wurden mehr Flüchtlinge anerkannt, dies führt zu einem Anstieg der Fallzahlen.

Weitere Wortmeldungen:

Samuel Balsiger (SVP): Im Asylwesen herrscht Chaos. Die Bevölkerung erkennt, dass Missbrauch geduldet oder gewollt ist. Die Attraktivität der Schweiz als Zielland wird gesteigert. Wir beherbergen etliche Wirtschaftsflüchtlinge. Das humanitäre System wird unterlaufen. In Zürich wird versucht, den Missbrauch mit Geld zuzudecken. Rund 50 % der Asylbewerber, die Sozialhilfe beziehen, wurden weggewiesen.

Marcel Bührig (Grüne): Die Asylpolitik der Schweiz wird von der SVP kritisiert. Es wird immer wieder über Wirtschaftsflüchtlinge gesprochen. Wenn es um wirtschaftliche Hilfe geht, wird von anerkannten Flüchtlingen gesprochen. Diese Menschen brauchen unsere Hilfe und Anteilnahme. Wir sind durch unsere humanitäre Tradition und durch die allgemeine Erklärung der Menschenrechte dazu verpflichtet, diesen Menschen zu helfen. Wir dürfen die wahren Probleme nicht verharmlosen und die betroffenen Menschen nicht verunglimpfen und von einer Sozialindustrie und Schmarotzern sprechen.

Mauro Tuena (SVP): Samuel Balsiger (SVP) sprach nicht von Schmarotzern, das ist eine Unterstellung. Der Stadtrat mischt sich tatsächlich in Asylfragen auf Bundesebene ein.

Marcel Bührig (Grüne): Wenn Herr Balsiger (SVP) das Wort tatsächlich nicht benutzt hat, entschuldige ich mich. Die Asylpolitik der Schweiz wird von der SVP, FDP und CVP sowie den restlichen Bürgerlichen gemacht.

Roger Liebi (SVP): Wir sind für die Asylpolitik nicht mitverantwortlich. Unser Bundesrat wurde abgewählt.

S. 8	55 5500 3660 0350	Sozialdepartement Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beiträge AOZ: Asylfürsorge und Wirtschaftliche Hilfe		
12)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	911 600		Mehrheit Felix Moser (Grüne), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Florian Utz (SP)
	Neu 1 Verbesserung 1	0 911 600		Minderheit 1 Martin Bürlimann (SVP), Referent; Roger Liebi (SVP)
	Begründung 1	Verfehlte Asylpolitik.		
	Neu 2 Verbesserung 2	811 600 100 000		Minderheit 2 Dr. Urs Egger (FDP), Referent; Raphaël Tschanz (FDP)
	Begründung 2	Zurückhaltenderer Umgang mit diesem Instrument.		

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für die Anträge der Mehrheit und Minderheit 2:

Antrag Stadtrat/Mehrheit	(911 600)	80 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(0)	22 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(811 600)	<u>21 Stimmen</u>
Total		123 Stimmen
= absolutes Mehr		62 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit mit 80 Stimmen zugestimmt, womit das Quorum von 62 Stimmen für die gleichgeordneten Anträge und von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht ist.

Antrag 13)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Der Betrag ist relativ klein. Es handelt sich um Rechnungen von Leistungen, die erst nach Jahresabschluss eingereicht wurden. Solche Beträge müssen im normalen Budget aufgefangen werden.

Felix Moser (Grüne): Diese Rechnung wurde zu spät eingereicht, die Beantragung eines Zusatzkredits ist somit korrekt.

Weitere Wortmeldungen:

Samuel Balsiger (SVP): Mit der Neuorganisation der KESB wurde eine Professionalisierung erzwungen. Dies führt zu steigenden Kosten und zu einem Anstieg der vormundschaftlichen Massnahmen. Es ist nicht überraschend, dass bereits mehrere Zusatzkredite beantragt wurden. Die Sozialindustrie generiert ihre Arbeit und braucht das Geld. Es geht um das Einkommen und den Profit der Sozialindustrie.

S. 9	55 5530 3161 0000	Sozialdepartement Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Mieten und Benutzungskosten		
13)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	9 500	Mehrheit	Felix Moser (Grüne), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Martin Bürlimann (SVP), Referent; Roger Liebi (SVP)
	Verbesserung	9 500		
	Begründung	Besser planen.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 23 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 14)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Es geht um Entschädigungen für Gutachten und unentgeltliche Rechtsvertretungen. Der Zusatzkredit ist nicht nötig, es ist ein ausreichender Betrag im Budget gestellt. Wir sind der Meinung, es ist ein wichtig, bei einer solch jungen Institution genug früh eine Kostensteigerung durch Zusatzkredite zu vermeiden.

Felix Moser (Grüne): Es geht um drei verschiedene Aspekte: die unentgeltlichen Rechtsvertretungen, Kosten für gesetzlich vorgeschriebene Gutachten und eine Praxisänderung der Banken. Die Stadt wird einen Teilbetrag zurückbekommen.

S. 9	55 5530 3180 0000	Sozialdepartement Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Entschädigungen für Dienstleistungen Dritter		
14)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	400 000		Mehrheit Felix Moser (Grüne), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
	Neu	0		Minderheit Martin Bürlimann (SVP), Referent; Roger Liebi (SVP)
	Verbesserung	400 000		
	Begründung	Unentgeltliche Rechtsvertretungen sind nicht notwendig.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 93 gegen 22 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 15)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Es geht um Schadenersatzleistungen, die aufkommen, wenn ein Mandatsträger es unterliess, Anträge des Klienten zeitgerecht zu bearbeiten. Leute, die eine Frist verpassen, sollen nach Verursacherprinzip dafür aufkommen.

Felix Moser (Grüne): Es geht bei den Schadenersatzfällen um private Mandatsträger, die im Auftrag der KESB Beistandschaften führen. Die Mehrheit der RPK stellte fest, dass dabei Fehler entstehen können, es sind jedoch nicht sehr viele. Die Mehrheit ist deshalb der Meinung, dass Schadenersatzleistungen bis zum Selbstbehalt von 20 000 Franken übernommen werden sollen.

S. 10	55 5530 3190 0000	Sozialdepartement Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Schadenersatzleistungen		
15)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	70 000	Mehrheit	Felix Moser (Grüne), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Martin Bürlimann (SVP), Referent; Roger Liebi (SVP)
	Verbesserung	70 000		
	Begründung	Bessere Planung.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 22 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 16)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Solche Angelegenheiten lassen sich im Durchschnitt einplanen.

Felix Moser (Grüne): Diese Abschreibungen sind nicht in allen Fällen planbar.

S. 10	55 5530 3300 0000	Sozialdepartement Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde Abschreibungen von Guthaben des FV		
16)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	100 000	Mehrheit	Felix Moser (Grüne), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Martin Bürlimann (SVP), Referent; Roger Liebi (SVP)
	Verbesserung	100 000		
	Begründung	Abschreibungen vermeiden.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 21 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 17)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Entspannungen am Arbeitsmarkt sind nicht zu beobachten.

Die Probleme wachsen. Weder die Arbeitslosen-, noch die Sozialhilfezahlen sind zurückgegangen. Im Budget sind bereits Fr. 314 000 000.– enthalten. Diese massive Aufstockung ist nicht tragbar.

Felix Moser (Grüne): Die Anzahl Sozialhilfefälle ist gestiegen, was Mehrausgaben verursacht, deshalb muss das Budget erhöht werden. Ein Teil ist durch Mehrerträge gedeckt.

Weitere Wortmeldungen:

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): Die Diskussionen, die in diesem Zusammenhang geführt werden, erschüttern mich. Dieser Mehrbedarf bedeutet, dass es mehr Armut gibt. Auch die Zahlen der Caritas sind eindeutig. Von Armut betroffen sind vor allem Alleinerziehende, Familien mit Kindern und Working Pools. Würde die Lohnsumme auf alle gerecht verteilt werden, hätten alle genügend Geld zum Leben.

Mauro Tuena (SVP): Die Missbrauchsquote liegt bei rund 5 %. Im Moment läuft eine angeregte Diskussion über die Höhe der Sozialhilfe. Wir können davon ausgehen, dass der Kanton aus der SKOS austreten wird. Die SKOS-Richtlinien sind viel zu hoch. Im Moment ist es für einige Personen besser in der Sozialhilfe zu bleiben und keine Arbeitsstellen anzunehmen, die unangenehm sind. Es geht darum, ein Zeichen zu setzen.

Roger Liebi (SVP): Das Wirtschaftswachstum wurde zu optimistisch eingeschätzt. Ein gutes Wirtschaftswachstum muss in der Stadt von der Politik ermöglicht werden. Hier geht es um einen Zusatzkredit, der durch eine zu optimistische Wirtschaftsprognose verursacht wurde.

Dr. Urs Egger (FDP): Wir müssen uns an die Gesetze halten. Auf kantonaler Ebene wurde jedoch seitens FDP eine Diskussion darüber angestossen.

Samuel Dubno (GLP): Wir sind für eine höhere Flexibilität bei der Umsetzung der SKOS-Richtlinien durch eine eigene Regelung des Kantons Zürich. Deshalb hat die GLP den Vorstoss der FDP im Kantonsrat unterzeichnet.

S. 10	55 5550 3660 0000	Sozialdepartement Soziale Dienste Beiträge an Private		
17)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	11 850 000	Mehrheit	Felix Moser (Grüne), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Martin Bürlimann (SVP), Referent; Roger Liebi (SVP)
	Verbesserung	11 850 000		
	Begründung	Wirtschaftsprognosen waren zu optimistisch geplant.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 97 gegen 22 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 18)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Es geht um eine Erhöhung der Beiträge für Kleinkinderbetreuung, weil kostensenkende Sofortmassnahmen aus der Verordnung über die Alimenten-hilfe und Kleinkinderbetreuungsbeiträge erst ab Oktober 2014 zu wirken beginnen. An diesem Zusatzkredit wird ersichtlich, wie die Betreuungskosten konstant steigen. Diese unaufhörliche Kostenzunahme muss man bremsen.

Felix Moser (Grüne): Kleinkinderbetreuungsbeiträge sind für Familien und Mütter vor-gesehen, die zu wenig verdienen. Es gibt klare Regelungen. Die Richtlinien des Kantons wurden angepasst, derzeit sind jedoch weiterhin höhere Beiträge nötig.

Weitere Wortmeldungen:

Mauro Tuena (SVP): Auch der Stadtrat hat eingesehen, dass die Notbremse gezogen werden muss. Die Ausgaben sind sehr stark gestiegen, wie ein Blick in die Rechnungs-bücher zeigt.

Samuel Dubno (GLP): In diesem Bereich wurde der Personenkreis der Bezugsberechtigten erweitert und die Beträge wurden erhöht. Dies wurde kantonal beschlossen, wir müssen dies umsetzen.

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): Es handelt sich nur um die Kleinkinderbetreuungs-beiträge. Es ist bitter, dass wir so viele Familien haben, die Anrecht auf diese Beiträge haben. Es geht um diejenigen Familien, die ihre Kinder teilweise zu Hause erziehen.

Mauro Tuena (SVP): Es handelt sich hier nicht um das Gesamtkonto der Kleinkinderbe-treuung. Wir müssen das gesamtheitlich anschauen.

Rebekka Wyler (SP): Samuel Dubno (GLP) hat klar dargelegt, worum es geht. Diese Beiträge sind kantonal geregelt. Die Stadt hat beim Regierungsrat interveniert, es wur-den Massnahmen ergriffen. Es braucht jedoch einige Zeit, bis diese Massnahmen grei-fen werden.

Dr. Urs Egger (FDP): Es gibt auch hier einen gesetzlichen Rahmen und es gab zusätz-lich eine Volksabstimmung. Wir hätten gerne ein anderes Modell gehabt und sind jeder-zeit bereit, andere Modelle zu diskutieren.

S. 10	55 5550 3660 0600	Sozialdepartement Soziale Dienste Beiträge für Betreuung von Kleinkindern		
18)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	8 000 000		Mehrheit Felix Moser (Grüne), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
	Neu	0		Minderheit Martin Bürlimann (SVP), Referent; Roger Liebi (SVP)
	Verbesserung	8 000 000		
	Begründung	Betreuungskosten steigen ins Unermessliche.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 22 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

2.2 Ordentliche Kreditübertragungen

Antrag 19)

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Martin Bürlimann (SVP): Wir lehnen die Kreditübertragung ab, folglich soll das Geld nicht ausbezahlt werden. Dies im Sinne, dass wir auch diese Art von Asylpolitik ablehnen, die hohe Kosten mit sich bringt, welche die Bevölkerung zu tragen hat.

Felix Moser (Grüne): Die Mehrheit der RPK ist der Ansicht, dass die Kreditübertragung sinnvoll ist. Die beiden Konten lassen sich nicht leicht budgetieren und sollten deshalb auf ein Konto gelegt werden.

S. 14	55 5500 von 3660 0322 3660 0323 nach 3660 0350	Sozialdepartement Sozialdepartement Zentrale Verwaltung Beiträge AOZ Asylfürsorge Beiträge AOZ Wirtschaftliche Hilfe Beiträge AOZ: Asylfürsorge und Wirtschaftliche Hilfe		
19)	Anträge der RPK			
	Antrag Stadtrat	9 299 400	Mehrheit	Felix Moser (Grüne), Referent; Präsidentin Rebekka Wyler (SP), Vizepräsident Walter Angst (AL), Samuel Dubno (GLP), Dr. Urs Egger (FDP), Andrea Nüssli (SP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Florian Utz (SP)
	Neu	0	Minderheit	Martin Bürlimann (SVP), Referent; Roger Liebi (SVP)
	Begründung	Verfehlte Asylpolitik.		

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. b Gemeindeordnung (Ausgabenbremse):

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 22 Stimmen zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Schlussabstimmung

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Roger Liebi (SVP): Einerseits wurde heute über Zusatzkredite bestimmt und abgestimmt. Andererseits wurde über das Budget 2014 beschlossen. Die bewilligten Zusatzkredite belaufen sich auf über 19 Millionen Franken. Das neue Budgetdefizit beläuft sich somit auf Fr. 192 000 000.– Es ist unmöglich, diese Zusatzkredite und ein so defizitäres Budget anzunehmen.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Debatte siehe Sitzung Nr. 23, Beschluss-Nr. 500/2014).

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

501. 2014/358
Postulat von Urs Fehr (SVP) und Katharina Widmer (SVP) vom 12.11.2014:
Verkauf des Kochareals in Altstetten an den Meistbietenden

Von Urs Fehr (SVP) und Katharina Widmer (SVP) ist am 12. November 2014 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er das gesamte Kochareal in Altstetten dem Meistbietenden verkaufen kann.

Begründung:

Die finanzielle Situation der Stadt ist mehr als angespannt. Langfristig besteht ausserdem die Gefahr einer Steuererhöhung. Es ist daher nicht einzusehen, wieso sich der Stadtrat nicht um zusätzliche Einnahmen sorgt. Aus dem Kochareal könnte man einen guten Profit herausholen, was schliesslich allen Steuerzahlern zugute käme

Mitteilung an den Stadtrat

Das Postulat wird auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

502. 2014/359
Schriftliche Anfrage von Marianne Aubert (SP) und Markus Knauss (Grüne) vom 12.11.2014:
Private Sicherheitsdienste in der Zürcher Innenstadt, Rahmenbedingungen für deren Tätigkeiten, Ausrüstung, Bewaffnung und Kontrolle

Von Marianne Aubert (SP) und Markus Knauss (Grüne) ist am 12. November 2014 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Private Sicherheitsdienste sind regelmässig in der Zürcher Innenstadt anzutreffen, vor allem an der Bahnhofstrasse. Einige dieser Sicherheitsangestellten stehen in den Läden und auf Privatgrund. Offensichtlich wurden sie direkt von diesen Geschäften angestellt. Es kann jedoch auch beobachtet werden, dass der öffentliche Raum (Trottoirs, Plätze oder Tramhaltestellen) von Angestellten privater Sicherheitsdienste „bewacht“ wird. Die meisten tragen ausser einer Taschenlampe und einem Handy noch andere Ausrüstung mit sich herum. Einige von ihnen sind sogar mit Pistolen ausgerüstet. Es wurde auch beobachtet, dass drei bis fünf private Wachmänner in einer Gruppe in der Zürcher Innenstadt „patrouillieren“.

Es ist uns klar, dass private Sicherheitsdienste schon seit jahrzehnten Bewachungsaufgaben übernommen haben (Securitas etc.). Die neue Entwicklung jedoch, dass private Sicherheitsdienste die Aufgaben der Polizei übernehmen und bewaffnet im öffentlich Raum patrouillieren, macht uns Angst. Wir waren immer der Meinung, dass in Zürich die Stadt- und die Kantonspolizei das Gewaltmonopol innehaben.

In diesem Zusammenhang bitten wir den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Welche Tätigkeiten dürfen von privaten Sicherheitsdiensten ausgeübt werden? Bitte um Auflistung.

2. Besitzen die Angestellten der Sicherheitsfirmen einen Ausweis und werden sie von einer Behörde überprüft auf Vorstrafen, Handlungsfähigkeit, geistige Gesundheit und einer Grundausbildung?
3. Was unternimmt der Stadtrat, damit bei privaten Sicherheitsfirmen keine vorbestraften und mit Blick auf ihr Vorleben und Verhalten ungeeignet erscheinenden Personen tätig sind?
4. Welche Bewaffnung und Ausrüstung privater Sicherheitsangestellten sind auf stadtzürcherischem Boden erlaubt und welche sind verboten? Bitte um Auflistung.
5. Wie und wer kontrolliert das Einhalten der Vorgaben betreffend erlaubter, bzw. verbotener Bewaffnung und Ausrüstung?
6. Müssen Angestellte von privaten Sicherheitsfirmen Schweizer Staatsangehörige oder Staatsangehörige von der EU sein und über welche Niederlassungs- und Aufenthaltsbewilligung müssen sie verfügen?
7. Dürfen private Sicherheitsangestellte Waffen tragen? Wenn ja, warum und unter welchen Voraussetzungen? Und wann dürfen sie sie benutzen?
8. Dürfen private Sicherheitsangestellte allein oder in Gruppen den öffentlichen Raum kontrollieren?

Mitteilung an den Stadtrat

503. 2014/360

Schriftliche Anfrage von Severin Pflüger (FDP) und Albert Leiser (FDP) vom 12.11.2014:

Zu- und wegziehende Personen, Auswirkungen der Fluktuation auf die städtische Steuersubstanz sowie auf die Kosten im Sozialbereich

Von Severin Pflüger (FDP) und Albert Leiser (FDP) ist am 12. November 2014 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Gemäss Medienmitteilung vom 2. Juli 2014 sind im Jahr 2013 sind insgesamt 43 599 Personen in die Stadt Zürich gezogen (+6,1 % gegenüber dem Vorjahr) und 40 491 sind aus der Stadt weggezogen (+5,2 %). Dies ist eine sehr grosse Fluktuation. Die Anfragenden sind sich bewusst, dass es schwer ist, die nachfolgenden Fragen für die 2013 zugezogenen Personen zu beantworten, da sie ihre Steuererklärungen noch nicht oder eben erst gerade eingereicht haben. Die Anfragenden erwarten jedoch Antworten auf Grund der Vorjahre.

Wir bitten den Stadtrat daher um Beantwortung der nachstehenden Fragen:

1. Wie viel Einkommen und Vermögen versteuern die zugezogenen Personen? Wie sieht ihre Einkommensverteilung und Vermögensverteilung im Vergleich zum Rest der städtischen Bevölkerung aus?
2. Wie viel Einkommen und Vermögen versteuerten die weggezogenen Personen? Wie sieht ihre Einkommensverteilung und Vermögensverteilung im Vergleich zum Rest der städtischen Bevölkerung aus?
3. Welche Auswirkung hat diese Fluktuation auf die städtische Steuersubstanz?
4. Wie viele der zugezogenen Personen sind auf Sozialhilfe angewiesen? Wie viel Sozialhilfe wird an sie ausbezahlt?
5. Wie viele der weggezogenen Personen waren auf Sozialhilfe angewiesen? Wie viel Sozialhilfe wurde an sie ausbezahlt?
6. Welche Auswirkung hat diese Fluktuation auf die Kosten im Sozialbereich?
7. Welche weiteren relevanten Auswirkungen hat diese Fluktuation?

Mitteilung an den Stadtrat

504. 2014/361

**Schriftliche Anfrage von Markus Kunz (Grüne) vom 12.11.2014:
Arbeitnehmende bei der Stadt Zürich ab dem 55. Altersjahr, Hintergründe zu den
personellen Massnahmen und den Auswirkungen bezüglich Lohnsumme und
Wissenstransfer**

Von Markus Kunz (Grüne) ist am 12. November 2014 folgende Schriftliche Anfrage eingereicht worden:

Menschen, die das 55. Altersjahr überschritten haben, haben es auf dem Arbeitsmarkt schwer. Dies steht in gesellschaftspolitisch brisantem Gegensatz zu verschiedenen demografischen, ökonomischen und politischen Entwicklungen, wie etwa zunehmender Lebensdauer, Fachkräftemangel, Lehrlingsknappheit oder der eigenartigen Idee, das AHV-Alter heraufsetzen zu wollen, ohne dass Arbeitsplätze für die entsprechende Altersschicht in Sichtweite wären. Unsere Volkswirtschaft wird in wenigen Jahren einer Situation ausgesetzt sein, in der weniger Junge ins Erwerbsleben einsteigen, die Zuwanderung erschwert ist und die älteren Erwerbstätigen aussortiert werden, in der Regel rein aus Kostengründen. Vom Wissensverlust, der damit aus dem Wegfall der Berufserfahrung entsteht, ganz zu schweigen.

Es fragt sich, welche Rolle die Stadt Zürich als Arbeitgeberin spielen kann und soll. In diesem Zusammenhang bitte ich den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Wie viele ArbeitnehmerInnen arbeiten momentan bei der Stadt Zürich, die über 55 bzw. über 60 Jahre alt sind? (aufgeteilt nach Departementen, bitte um Angaben absolut und in Prozent der gesamten jeweiligen Belegschaft)
2. Wie viele davon wurden nach dem 55. Altersjahr durch die Stadt Zürich angestellt?
3. In seiner Antwort auf die Anfrage GR Nr. 2011/498 erwähnt der Stadtrat, dass der Know-how-Transfer (Weitergabe von Erfahrung) nicht institutionalisiert sei. Gibt es hierzu mittlerweile Praxiserfahrungen aus den Departementen?
4. Wie viele Fälle von Burn outs von ArbeitnehmerInnen ab 55 Altersjahren sind bekannt?
5. Wie viele Fälle von freiwilliger Arbeitszeitreduktion von Arbeitnehmenden ab 60 gibt es? (Bitte um die Zahlen der letzten 5 Jahre, aufgeteilt nach Geschlechtern und Lohnklassen)
6. Wie viele vorzeitige Pensionierungen gibt es? (aufgeteilt nach Geschlechtern und Lohnklassen). Wie sieht die Entwicklung dieser Zahlen über die letzten 10 Jahre hinweg aus?
7. Wie hoch beziffert der Stadtrat die jährlichen Rotationsgewinne bei der Lohnsumme? Wie hoch ist die Anzahl Fälle? (Bitte um die Zahlen der letzten 5 Jahre)
8. Wie viele Fälle einer Anwendung von Artikel 25 PR, Absatz 2 gibt es? (Bitte um die Zahlen der letzten 5 Jahre, aufgeteilt nach Geschlechtern und Lohnklassen)
9. Welche „speziellen Regelungen“ gemäss Artikel 26 PR gibt es und wie sind die Erfahrungen?
10. Wie schätzt der Stadtrat die Lage für ältere Arbeitnehmende ganz allgemein in der Stadt Zürich ein? Macht sich zum Beispiel der schwierige Arbeitsmarkt bei den Leistungen der ALV bemerkbar? Gibt es Auswirkungen bei der Sozialhilfe? Sieht der Stadtrat Handlungsbedarf, und was könnte er tun?

Mitteilung an den Stadtrat

K e n n t n i s n a h m e n

505. 2014/334

BK BZO, Wahl des Präsidiums, des Vizepräsidiums sowie der übrigen 15 Mitglieder der Kommission

Mit Beschluss vom 3. November 2014 und vom 10. November 2014 wählte das Büro des Gemeinderats mit Wirkung ab 5. November 2014:

Michael Baumer (FDP), Präsident

Markus Knauss (Grüne), Vizepräsident
Marco Denoth (SP)
Patrick Hadi Huber (SP)
Gabriele Kisker (Grüne)
Albert Leiser (FDP)
Dr. Christoph Luchsinger (FDP)
Mario Mariani (CVP)
Min Li Marti (SP)
Dr. Ann-Catherine Nabholz (GLP)
Gabriela Rothenfluh (SP)
Niklaus Scherr (AL)
Peter Schick (SVP)
Thomas Schwendener (SVP)
Christine Seidler (SP)
Sven Sobernheim (GLP)
Mauro Tuena (SVP)

Mitteilung an den Stadtrat und an die Gewählten

506. 2014/124
Weisung vom 07.05.2014:
Wasserversorgung, Ersatzneubau Reservoir Käferberg mit Werkleitungsbauten, Objektkredit

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 24. September 2014 ist am 31. Oktober 2014 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 19. November 2014.

507. 2014/80
Weisung vom 19.03.2014:
Immobilien-Bewirtschaftung, Genehmigung Mietverträge

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 24. September 2014 ist am 31. Oktober 2014 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 19. November 2014.

508. 2014/153
Weisung vom 14.05.2014:
Immobilien-Bewirtschaftung, Schulanlage Ilgen A/B, Quartier Hottingen, Neubau der Betreuungseinrichtung Fehrenstrasse 29, Erhöhung Objektkredit

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 24. September 2014 ist am 31. Oktober 2014 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 19. November 2014.

509. 2014/52

Weisung vom 26.02.2014:

Tiefbauamt, Baulinienvorlage Hornbachstrasse, Festsetzung

Die Frist für das fakultative Referendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 24. September 2014 ist am 31. Oktober 2014 ungenutzt abgelaufen.

Die amtliche Publikation erfolgt am 19. November 2014.

Nächste Sitzung: 12. November 2014, 20.30 Uhr.